

BERLIN

Die Woche



Informationsschrift der CDU-Bundestagsabgeordneten Ingrid Fischbach (Wahlkreis Herne-Bochum III)

Liebe Leserinnen und Leser!

Wie in der Vergangenheit üblich, so stand auch in diesem Jahr wieder einiges auf der Tagesordnung der letzten Sitzungswoche. Wichtige Themen wie Europa, Zuwanderung, Wirtschaftspolitik, Kernenergie, Terrorismusbekämpfung bestimmten die Debatten in dieser Woche.

Sollte der UN-Sicherheitsrat am Wochenende den Einsatz einer Schutztruppe in Afghanistan beschließen, werden wir in der nächsten Woche noch einmal zu einer Sondersitzung des Deutschen Bundestages zusammenkommen. Allerdings wird dann keine Ausgabe von **BERLIN** *Die Woche* erscheinen.

Deshalb möchte ich heute die Gelegenheit nutzen, Ihnen und Ihren Familien eine besinnliche und ruhige restliche Adventszeit zu wünschen. Am Ende eines Jahres, das durch die entsetzlichen Ereignisse des 11. September gezeichnet bleiben wird, wünsche ich Ihnen von Herzen ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein friedliches, erfolgreiches neues Jahr.

Für die vielfältige Unterstützung meiner politischen Arbeit und die gute Zusammenarbeit in den vergangenen Monaten möchte ich mich herzlich bedanken.

Ihre
Ingrid Fischbach



In dieser Ausgabe

- Es gibt immer noch viel zu wenig Europa ...S.2
- Gegen die sexuelle Ausbeutung von Kindern vorgehen ...S.3
- Arbeitslosenquote in Eurozone gesunken ...S.5
- LKW-Maut: So nicht ...S.5
- Deutsche Entwicklungspolitik strategisch neu ordnen ...S.5
- In eigener Sache ...S.6



Ingrid Fischbach MdB

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: (030) 227-71074
Fax: (030) 227-76436

ingrid.fischbach@bundestag.de

Es gibt immer noch viel zu wenig Europa



►► | Europa rückt näher. In zwei Wochen wird der Euro die D-Mark ganz ablösen; der letzte Schritt der Währungsunion wird vollzogen. Einen weiteren Schritt hin zu mehr Verbundenheit in Europa soll Ende dieser Woche der im belgischen Laeken stattfindende Gipfel bringen. Wichtigster Tagesordnungspunkt ist die dringend notwendige Reform der EU-Institutionen.

Die Debatte in dieser Woche zum anstehenden Gipfel hat allerdings wieder einmal gezeigt, dass der rot-grünen Bundesregierung in puncto Europa wie in allen anderen Bereichen ein schlüssiges Konzept fehlt. Ebenso wie der Bundeskanzler sich mit seinen Zusagen für Auslandseinsätze der Bundeswehr außenpolitisch hoffnungslos übernimmt und Bündnisbeiträge nicht mehr erfüllen kann, bleibt auch die reale Entwicklung der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit in Europa hinter den Schönfärbereien Schröders und Fischers zurück.

Ingrid Fischbach: „Schröders Sichtweise, dass es seit dem 11. September ein „mehr an Europa“ gerade im Bereich der Sicherheitspolitik gebe, trifft nicht zu. Im Gegenteil: Die EU ist kein relevanter sicherheitspolitischer Partner der USA. Die gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist aber die Grundlage für unsere Äußere und Innere Sicherheit.“

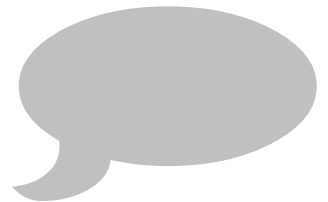
Auch hinsichtlich der politischen und wirtschaftlichen Union mangelt es der Bundesregierung an Elan. Das dürftige Ergebnis des Gipfels in Nizza ist dafür das beste Beispiel. Der Gipfel in Laeken gibt uns jetzt die Chance, die europäischen Weichen richtig zu stellen. Wir haben seitens der CDU und CSU bereits vor einigen Wochen Vorschläge für einen Europäischen Verfassungsvertrag vorgelegt, die auf die künftigen Herausforderungen der EU eingehen und umsetzbare Lösungen für die Politische und Wirtschaftliche Union anbieten. Von Seiten der Bundesregierung ist hier wenig, von

der SPD gar nichts zu hören. Entscheidender Punkt unserer Vorschläge ist die Reform der EU-Institutionen, ohne die eine weitere Entwicklung der EU undenkbar ist.



Die Zuständigkeiten von EU und Mitgliedstaaten müssen klar abgegrenzt sein. Das gewählte Europäische Parlament (EP) muß in seinen Rechten gestärkt werden. Die EU-Kommission muß ebenfalls gestärkt werden, aber endlich auch demokratisch legitimiert, d. h. gewählt durch das EP. Nur so können wir Transparenz bei den Entscheidungen der Kommission und Akzeptanz bei den EU-Bürgern erreichen; nur so können wir auch die Handlungsfähigkeit der Union dauerhaft sichern. Grüne basisdemokratische Denkspiele wie die unseres Außenministers, der den Kommissionspräsidenten europaweit direkt wählen lassen will, sind rein praktisch gesehen nicht umsetzbar.

Der für die Vorbereitung der Konferenz 2004 zuständige Konvent, der in Laeken eingesetzt werden soll, muß sich mit diesen Fragen befassen. Sie müssen im anstehenden Prozeß einer Verfassungsgebung für Europa geregelt werden. <<<



Spruch der Woche

"Der Einsatz deutscher Soldaten kommt nur in Betracht, wenn der Krieg wirklich zu Ende ist."

Hans-Christian Ströbele,
Grünen-
Bundestagsabgeordneter,
über eine Stationierung
der Bundeswehr in
Afghanistan

Gegen die sexuelle Ausbeutung von Kindern vorgehen

▶▶ | Die sexuelle Ausbeutung von Kindern weltweit zu bekämpfen und durch internationale Zusammenarbeit zu ächten und zu verfolgen, muss nach Meinung der CDU/CSU dringliches Ziel sein. In meinem dazu vorgelegten und von der Fraktion unterstützten Antrag erinnern wir an den 1. Weltkongress gegen die gewerbsmäßige sexuelle Ausbeutung von Kindern 1996 in Stockholm.

Dort ist durch 122 Staaten eine Erklärung unterzeichnet worden, mit der ein Durchbruch im gemeinsamen

internationalen Vorgehen geschaffen wurde. Darüber hinaus haben sich die unterzeichnenden Staaten auch verpflichtet, bestimmte Maßnahmen zum Schutz der betroffenen Kinder zu ergreifen.



Auf der Nationalen Nachfolgekonzferenz "Kommerzielle sexuelle Ausbeutung von Kindern" im März 2001 in Berlin wurden dann Eckpunkte für einen Nationalen Aktionsplan erarbeitet.

„Auf den entscheidenden Schritt, die entwickelten Strategien auch zu realisieren und damit den von grausamen Verbrechen betroffenen Kindern zu helfen, warten wir aber bis heute“, kritisiert Ingrid Fischbach.

Vor dem vom 17. bis 20. Dezember 2001 im japanischen Yokohama stattfindenden 2. Weltkongress soll die Bundesregierung deshalb den Sachstand bezüglich der Umsetzung der bei der Nationalen Nachfolgekonzferenz entwickelten Strategien mitteilen und ihre eigene Planung für das weitere Vorgehen gegen kommerzielle sexuelle Ausbeutung von Kindern darlegen.

Die Verabschiedung des Nationalen Aktionsplans muß vorangetrieben werden, im Rahmen des gemeinschaftlichen Vorgehens der EU-Mitgliedstaaten ist eine klare Position für ein schnelles und effektives gemeinsames Engagement zu beziehen.

Ebenso müssen hinsichtlich Prävention und Therapie von jugendlichen Tätern neue Maßnahmen ergriffen werden.

Wir verlangen von der Regierung, die so genannte nachträgliche Sicherungsverwahrung zu ermöglichen, "unverzüglich" die zum Schutz von Kindern vor sexuellem Missbrauch notwendigen Änderungen der Strafprozessordnung vorzunehmen und die rechtlichen Voraussetzungen für eine konsequentere Nutzung der DNA-Analyse zu schaffen.

(Unseren vollständigen Antrag können Sie bei Interesse über mein Büro beziehen.) <<<

Arbeitslosenquote in Eurozone gesunken

►► | Schröder und Rot-Grün hören nicht auf zu verbreiten, daß sie für den Anstieg der Arbeitslosenzahlen nichts können. Immer mehr Vergleichsdaten sprechen eine andere Sprache. Innerhalb des letzten Jahres nahm in der Eurozone die Arbeitslosigkeit um 0,2 Prozent ab. Nur in Deutschland nicht: Hier nahm sie um 0,3 Prozent zu. ◀◀



LKW-Maut: So nicht

►► | Weder die Höhe der Maut, Art und Umfang der notwendigen Kompensation für das deutsche Güterverkehrsgewerbe noch die Zweckbindung der Mittel sind im Gesetz für die Einführung einer LKW-Maut geregelt. Dies alles will die Regierung durch Verordnungen regeln, die nicht kontrolliert werden können.

Aus diesem Grund haben wir gegen das Gesetz gestimmt. Von den erwarteten 7 Milliarden DM Einnahmen sollen nur 1,5 Milliarden DM in den Straßenbau fließen. Das deutsche mittelständische Gütergewerbe würde zu der Ökosteuer nochmals belastet, viele Betriebe müßten dicht machen. ◀◀

Deutsche Entwicklungspolitik strategisch neu ordnen

►► | Eine strategische Neuausrichtung deutscher Entwicklungspolitik auf die internationale Terrorismusbekämpfung fordern wir in unserem Antrag. Die Union erklärt, die Terroranschläge vom 11. September stellten nicht nur die Außen- und Sicherheitspolitik vor neue Herausforderungen.



Wußten Sie schon,

... dass 88 von einer Million Bundesbürgern im vergangenen Jahr am Telefon vom Staat überwacht wurden? Insgesamt hörten Fahnder beim Telefonschwatz von 7212 Personen mit – ein Anstieg von 16 Prozent binnen Jahresfrist. Ohne Grund erfolgten die Lauschangriffe nicht. Am häufigsten versuchten die Telefonfahnder, Drogenhändlern auf die Schliche zu kommen.

Auch die deutsche Entwicklungspolitik muss sich als Teil einer neuen Weltordnungspolitik verstehen.

Da der internationale Terrorismus heutiger Prägung "keine Folge des globalen Wohlstandsgefälles" ist, muss der Kampf gegen Armut, Überbevölkerung, mangelnde Bildung und Perspektivlosigkeit in Entwicklungsländern auch als Beitrag konzipiert sein, den Nährboden der Sympathisanten des Terrorismus auszutrocknen.

Die Entwicklungspolitik muss sich in einem ressortübergreifenden Ansatz einfügen, in dem Arbeitsfelder, Zielländer und Beiträge gemeinsam mit anderen Ressorts und Diensten definiert oder abgestimmt werden. Die starre und außenpolitisch diskriminierende Länderliste des BMZ muss überprüft und Entscheidungskriterien neu gewichtet und flexibler gehandhabt werden können.

Auch die strategische Rolle der Türkei als moderner westlich orientierter Staat mit mehrheitlich moslemischer Bevölkerung ist gerade vor dem Hintergrund der internationalen Terrorismusbekämpfung anzuerkennen und stärker in die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik einzubinden.

Kritisch befassen wir uns im Weiteren mit den langwierigen und umständlichen Beantragungs- und Billigungsverfahren in der multilateralen und bilateralen Entwicklungskooperation. Die administrativen Abläufe bei Anträgen und Bewilligungen sind mit dem Ziel zu reformieren, eine höhere Flexibilität und schnellere Reaktionsfähigkeit sicher zu stellen. <<<

In eigener Sache

▶▶ Die nächste Ausgabe von BERLIN Die Woche erscheint erst wieder in der ersten Sitzungswoche des neuen Jahres, am Freitag, den 25. Januar 2002. <<<



... das Allerletzte!

Gesundheitsministerin Ulla Schmidt will mehr Leute zwingen, in der gesetzlichen Krankenversicherung zu bleiben. Zwischen fünf und sechs Milliarden Mark Mehreinnahmen verspricht sie sich durch eine höhere Versicherungspflichtgrenze. Dies hat der Sachverständigenrat für das Gesundheitswesen ausgerechnet. Die Pflichtgrenze legt fest, ab welchem Einkommen ein Wechsel zur privaten Krankenversicherung möglich ist. Dort zahlen etwa junge Singles viel weniger. Derzeit liegt die Grenze bei 6525 Mark. Schmidt prüft eine Erhöhung auf 8800 Mark. Das ist ab 2002 die Bemessungsgrenze der Rentenversicherung.